



Bericht

der Landesregierung

Auswirkungen der Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von Bundesrat und Bundestag vom Dezember 2003 auf Land und Kommunen.

Antrag der FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Drucksache 15/ 3147

Federführend ist das Finanzministerium

Die FDP will mit Drucksache 15/3147 einen Beschluss des Landtages herbeiführen, durch den die Landesregierung aufgefordert wird, in der 39. Tagung des Landtages mündlich zu berichten

- welche konkreten Veränderungen der geplanten Einnahmen und Ausgaben des Landes 2004 und 2005 sie im Einzelnen wegen der Gesetze erwartet, die Bundestag und Bundesrat am 19. Dezember 2003 auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungen des Vermittlungsausschusses im Dezember 2003 beschlossen haben, und
- welche Veränderungen sie wegen dieser Beschlüsse bei den Einnahmen und Ausgaben der schleswig-holsteinischen Kommunen und beim Kommunalen Finanzausgleich 2004 und 2005 erwartet.

Eine schriftliche Version des Berichts soll bis Ende Januar 2004 nachgereicht werden.

Damit die Landtagsdebatte während der 39. Tagung des Landtages auf der Basis eines nachvollziehbaren Zahlenmaterials erfolgen kann, wird der angeforderte schriftliche Bericht bereits vor einem Beschluss des Landtages über den FDP-Antrag vorgelegt.

Im Dezember 2003 sind folgende Gesetze im Vermittlungsverfahren behandelt und anschließend vom Bundesrat und Bundestag verabschiedet worden:

1. Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Haushaltsbegleitgesetz 2004 - HBegIG 2004)
2. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit
3. Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz
4. Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer (Gewerbesteuerreformgesetz - GewStRefG)
5. Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
6. Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
7. Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze
8. Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und zur Förderung von Kleinunternehmen
9. Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
10. Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten
11. Erstes Gesetz zur Änderung des Verfütterungsverbotsgesetzes
12. Zweites Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
13. Drittes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
14. Drittes Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften

Unmittelbare Auswirkungen auf den Doppelhaushalt des Landes für 2004/2005 und auf die Finanzen der Kommunen haben nur die unter den Ziffern 1 bis 5 aufgeführten Reformgesetze.

Die unter den Ziffern 6 bis 14 genannten Gesetze betreffen entweder nur den Bundeshaushalt (z.B. Tabaksteuergesetz) oder werden nur mittelbar über zusätzliche Konjunkturimpulse (z.B. Hartz III, Handwerksordnung) die Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen beeinflussen. Diese mittelbaren Auswirkungen sind nicht zu beziffern.

Das unter Ziffer 9 genannte Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch hat eventuell im Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt finanzielle Auswirkungen, die noch geprüft werden.

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt tritt mit den nichtsteuerlichen Maßnahmen - Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe - erst zum 01.01.2005 in Kraft. Es hat wesentliche Auswirkungen insbesondere auf die Ausgaben für Wohngeld, Sozialhilfe und das neue Arbeitslosengeld II sowie voraussichtlich auch auf die Ausgaben für Asylbewerber. Belastbares konkretes Zahlenmaterial zu den außerhalb des steuerlichen Bereichs liegenden finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt und die Einnahmen und Ausgaben der schleswig-holsteinischen Kommunen liegt aber noch nicht vor.

Noch nicht abschätzbar sind sowohl Anzahl und Kreis der Anspruchsberechtigten als auch die endgültige Aufgaben- und Kostenträgerschaft (Bundesagentur für Arbeit oder Kommunen). Die erforderlichen Ermittlungen müssen zusammen mit den Kommunen noch erfolgen. Dabei werden auch eventuelle Auswirkungen des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch zu prüfen sein.

Die finanziellen Auswirkungen der unter den Ziffern 1 bis 5 genannten Gesetze ergeben sich aus

Anlage 1 - Auswirkungen auf den Landeshaushalt 2004

Anlage 2 - Auswirkungen auf den Landeshaushalt 2005

Anlage 3 - Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen 2004

Anlage 4 - Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen 2005.

Die angegebenen Auswirkungen sind auf Grund von Schätzungen des Bundesfinanzministeriums errechnet worden, die Grundlage für die Verhandlungen und Ergebnisse des Vermittlungsausschusses waren. Diese Schätzungen des BMF hinsichtlich der Steuereinnahmen sind vom Finanzministerium Schleswig-Holstein regionalisiert worden. Dabei sind der Regionalisierung für das Jahr 2004 die Grundlagen der Steuerschätzung vom November 2003 und für 2005 die Grundlagen der Steuerschätzung vom Mai 2003 zugrunde gelegt worden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass sich die Einnahme- und Ausgabeveränderungen des Landes (Anlagen 1 und 2) jeweils auf die Ansätze im Doppelhaushalt 2004/2005 beziehen. Die Einnahme- und Ausgabeveränderungen der Kommunen (Anlagen 3 und 4) beziehen sich dagegen jeweils auf die bisherige Rechtslage. Die Haushaltsansätze der Kommunen sind nicht bekannt.

Auf den kommunalen Finanzausgleich der Jahre 2004/2005 haben die Steuerveränderungen des Landes keinen Einfluss. Die Finanzausgleichsmasse wird für jedes Haushaltsjahr nach den Ansätzen im Landeshaushaltplan festgesetzt, der bereits im Dezember 2003 verabschiedet worden ist.

Änderungen im Laufe des Haushaltsvollzuges werden im Rahmen der Ist-Abrechnungen erst bei der Finanzausgleichsmasse des Haushaltsjahres berücksichtigt, das dem Zeit-

punkt der Feststellung der Ist-Einnahmen folgt (vgl. § 5 Absätze 2 und 3 Finanzausgleichsgesetz). Die für die Jahre 2004/2005 geschätzten Auswirkungen der Reformgesetze werden sich deshalb auf den Kommunalen Finanzausgleich erst in den Jahren 2006/2007 unter Berücksichtigung der tatsächlichen Einnahmeveränderungen auswirken.

Auswirkungen 2004 auf den Landeshaushalt

Gesetzesbezeichnung	Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen 2004		Entlastung (+) Belastung (-)	Bemerkungen
	Einnahmen	Ausgaben		
- Mio. Euro -				
Steuerliche Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004	+59,2		+59,2	insbesondere: Steuerreform, Eigenheimzulage, Entfernungspauschale, Halbjahresafa
Nichtsteuerliche Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004				
- Wohnraumförderungsgesetz	-0,8	-0,8	0	
- Regionalisierungsgesetz	-4,3	-4,3	0	
Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz	+10,8		+10,8	insbesondere: Stabilisierung des Körperschaftsteueraufkommen
Gesetz zur Änderung des Gewerbsteuergesetzes und anderer Gesetze	-41,2		-41,2	insbesondere: Absenkung der Gewerbsteuerumlage
Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit	+1,6		+1,6	
Steuerliche Maßnahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	+88,4		+88,4	Beteiligung der Länder an Veräußerungserlösen des Bundes
Summe	+113,7	-5,1	+118,8	

Auswirkungen 2005 auf den Landeshaushalt

Gesetzesbezeichnung	Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen 2005		Entlastung (+) Belastung (-)	Bemerkungen
	Einnahmen	Ausgaben		
- Mio. Euro -				
Steuerliche Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004	+37,9		+37,9	insbesondere: Eigenheimzulage, Entfernungspauschale, Halbjahresafa)
Nichtsteuerliche Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 - Wohnraumförderungsgesetz	-1,0	-1,0	0	
Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz	+22,0		+22,0	wie 2004
Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze	-36,2		-36,2	insbesondere: Absenkung der Gewerbebesteuerungsumlage
Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit	-		-	
Steuerliche Auswirkungen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	-33,2		-33,2	Erhöhung des Umsatzsteueranteils des Bundes
Nichtsteuerliche Auswirkungen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	?	?	?	Belastbare Zahlen liegen noch nicht vor.
Summe	-10,5	-1,0	-9,5	

Auswirkungen 2004 auf die Gemeinden

Gesetzesbezeichnung	Veränderungen gegenüber bisheriger Rechtslage		Entlastung (+) Belastung (-)	Bemerkungen
	Einnahmen	Ausgaben		
- Mio. Euro -				
Steuerliche Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004	-37,9		-37,9	siehe Anlage 1
Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz	+0,2		+0,2	siehe Anlage 1
Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze	+90,6		+90,6	siehe Anlage 1
Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit	+42,5		+42,5	
Summe	+95,4		+95,4	

Auswirkungen 2005 auf die Gemeinden

Gesetzesbezeichnung	Veränderungen gegenüber bisheriger Rechtslage		Entlastung (+) Belastung (-)	Bemerkungen
	Einnahmen	Ausgaben		
- Mio. Euro -				
Steuerliche Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004	+41,9		+41,9	siehe Anlage 2
Nichtsteuerliche Maßnahmen des Vierten Gesetzes bei moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	?	?	?	Belastbare Zahlen liegen noch nicht vor.
Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz	+0,2		+0,2	siehe Anlage 2
Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze	+93,6		+93,6	siehe Anlage 2
Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit	-----		-----	
Summe	+135,6		+135,6	